

Ausgabe 1/2020

DIE BIE

Thema
SOZIALE
STADT

LEFF ELD IDEE

Was kommt nach Corona? • Baumheide wandelt sich •
Interview: Norbert Walter-Borjans • Kinderbetreuung in Bielefeld

Inhalt

Grußwort.....	3
Meinungsbeitrag: Was kommt nach Corona?	4
Das neue SGB II	6
Baumheide wandelt sich.....	8
Das Team	10
Eine Abgeordnete in Zahlen.....	11
Fotocollage.....	12
Interview mit Norbert Walter-Borjans	14
Wiebke unterwegs.....	16
Bericht von Dritten - Kinderbetreuung in Bielefeld.....	18
Informationen aus Berlin.....	20
Rätsel.....	24



Dieses Logo kennzeichnet Artikel zur Umsetzung der Bielefeld Ideen. Die Bielefeld Idee – was hat es damit auf sich? Schon vor Wiebkes ersten Bundestagswahlkampf 2017 hat eine bunt zusammengewürfelte Gruppe die Bielefeld Idee ins Leben gerufen. Sie unterstützt Wiebke Esdar in ihrem Versprechen, mit den Menschen in Bielefeld häufig persönlich ins Gespräch zu kommen.

Liebe Leserinnen und Leser,

bereits zum vierten Mal darf ich Sie an dieser Stelle zu meiner Wahlkreiszeitung „Die Bielefeld Idee“ begrüßen, mit der ich Ihnen regelmäßig Einblicke in meine politische Arbeit als Bundestagsabgeordnete für Bielefeld und Werther geben möchte. Auch in den aktuellen Zeiten, in denen unsere Gesellschaft durch die zunehmende Verbreitung des Coronavirus vor großen Herausforderungen steht, möchte ich Ihnen über die „Bielefeld Idee“ die Politik buchstäblich ins Haus liefern und Sie niedrigschwellig und frei zugänglich über aktuelle politische Debatten und Entscheidungen informieren.

Keine Frage: Die letzten Wochen waren für uns alle eine turbulente Zeit. Wir haben Einschränkungen unseres Alltags erlebt, die wir uns noch vor zwei Monaten wohl kaum hätten vorstellen können. Kitas, Schulen und Universitäten mussten schließen, innereuropäische Grenzen wurden wieder streng kontrolliert und auch der Einzelhandel, die Gastronomie und Freizeitveranstaltungen wurden größtenteils eingestellt – dennoch sind das alles wichtige und richtige Vorsichtsmaßnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus in Deutschland zu verlangsamen und um vor allem jene zu schützen, für die eine Infektion aufgrund von Alter oder Vorerkrankungen im schlimmsten Falle sogar lebensbedrohlich sein könnte.

Die Politik wird in den nächsten Monaten besonders gefordert sein, denn schon heute ist absehbar, dass die Coronakrise erhebliche und unvermeidbare Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben wird. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens bleiben insbesondere in der Wirtschaft nicht unbemerkt. Bereits seit einigen Wochen arbeiten wir daher an umfassenden Förder- und Hilfsprogrammen für Unternehmen, Selbstständige und Kunstschaffende, die von der Krise besonders betroffen sind. In der vorliegenden Ausgabe der „Bielefeld Idee“ möchte ich Sie über einige dieser Maßnahmen informieren. All diese Informationen finden Sie auf den Seiten 6/7 und 20-23. In dieser Krise gilt für uns umso mehr: Wenn Sie Fragen oder Anmerkungen haben, zögern Sie bitte nicht, mich und mein Büro zu kontaktieren. Doch so unübersichtlich und beängstigend die Situation für uns alle auch war und ist, so sehr erlebe ich sie zugleich doch auch als eine Zeit der Solidarität und der

gegenseitigen Unterstützung. Für alle Bielefelder Stadtteile haben sich Bürgerinnen und Bürger beispielsweise zu Einkaufsservices für alte und/oder kranke Mitglieder unserer Gesellschaft zusammen geschlossen. So leisten sie tagtäglich mit kleinen Gesten einen ungemein wertvollen Beitrag zur Bewältigung der Coronakrise. Mein Ziel ist, dass wir nicht nur solidarisch in der Krise sind, sondern auch solidarisch aus der Krise herauskommen – darum habe ich dazu auf den Seiten 4 und 5 meine Meinung zu der Frage „Was kommt nach Corona?“ aufgeschrieben. Auch unser diesmaliges Promi-Interview mit dem SPD-Bundestagsvorsitzenden Norbert Walter-Borjans wird daran anknüpfen und seine Vorstellungen dazu genauer erläutern.

Aber auch jenseits der Informationen zum politischen Umgang mit dem Coronavirus hält die „Bielefeld Idee“ wieder zahlreiche spannende Inhalte bereit: Unter dem Motto „Die soziale Stadt – Bundesinvestitionen in Bielefeld“ möchte ich gemeinsam mit Ihnen erkunden, wie die Bundespolitik mit finanziellen Förderprogrammen dazu beitragen kann, aus unseren Kommunen Orte des solidarischen und sozial gerechten Miteinanders zu machen. Dafür werden wir uns konkreten Umsetzungen von Bundesprojekten in Bielefeld widmen. In unserem ersten Leitartikel werden wir Dank tatkräftiger Unterstützung von Rainer Radloff, dem Geschäftsführer des Jobcenters Bielefeld, erläutern, wie der Anfang 2019 in Kraft getretene „Soziale Arbeitsmarkt“ Langzeitarbeitslosen in Bielefeld die Rückkehr in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht. Daran anschließend werden wir uns in einem zweiten Leitartikel dem sogenannten „Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept“ (kurz: INSEK) in Baumheide nähern, das seit zwei Jahren durch das bundesweite Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ gefördert wird und das zu einer erheblichen Verbesserung der Lebenssituation und des sozialen Zusammenhalts in dem Stadtteil beiträgt. Und auch unser Gastbeitrag von Regine Weißenfeld, der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses im Rat der Stadt Bielefeld, wird die soziale Stadt noch einmal aufgreifen



und über den Ausbau der hiesigen KiTa-Plätze berichten.

Darüber hinaus möchte ich die diesmalige Ausgabe der „Bielefeld Idee“ wie gewohnt auch dazu nutzen, Ihnen weitere Mitglieder meines Teams vorzustellen und Sie über einige meiner Termine der vergangenen Monate in Berlin und Bielefeld zu informieren. Und natürlich dürfen auch die Zahlen und Kurzmeldungen aus Berlin wieder ebenso wenig fehlen wie das Kreuzworträtsel, bei dem mit etwas Glück erneut ein toller Preis winkt!

Es gibt also wieder viel zu entdecken, sodass ich Ihnen viel Spaß beim Lesen wünsche und hoffe, dass Sie viele interessante Erkenntnisse aus den Artikeln mitnehmen.

Bleiben Sie gesund!

Ihre Wiebke Esdar

Was kommt nach Corona?

Wiebkes Vorschläge für Lehren, die wir ziehen müssen und Statements von Exil-Bielefelderinnen weltweit

Die globale Corona-Epidemie ist die wohl größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Mein Ziel ist, dass wir nicht nur solidarisch in der Krise sind, sondern auch solidarisch aus der Krise herauskommen. Wir stehen vor einer Richtungsentscheidung, die die gesellschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre bestimmen wird: Entweder überlassen wir die Gesundheitsvorsorge weiterhin dem Markt, sparen Deutschlands und Europas Zukunft kaputt und wälzen die Kosten der Krise ab auf jene, die jetzt viel leisten und zugleich am meisten unter den Einschränkungen leiden. Oder wir lernen aus der aktuellen Krise und den Fehlern einer Politik des Kaputtsparens der vergangenen Jahre, indem wir den Kampf gegen bestehende gesellschaftliche Ungleichheit endlich konsequent angehen; indem wir uns für eine Gesundheits- und Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ebenso einsetzen, wie für eine koordinierte, innovative und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik.

Das Gesundheitssystem muss für die Menschen da sein, nicht zum Geldverdienen

Auch in Deutschland zeigt die Coronakrise die Grenzen unseres Gesundheits- und Pflegesystems auf. Eine Politik, nach der Krankenhäuser vor allem Gewinn machen sollten, hat dazu geführt, dass diese heute unterversorgt sind. Es mangelt an Beatmungsgeräten, Intensivbetten, Schutzkleidung und Masken. Weil wir davon zu viel dem Markt überlassen haben, werden jetzt nicht nur horrend Preise dafür aufgerufen, sondern auch die Beschaffung läuft schleppend. Die dafür benötigte Zeit erkaufen wir uns durch massive Einschränkungen unseres Alltags und unserer Wirtschaft.

Noch dramatischer droht es zu werden, wenn wir weiterhin die Arzneimittelproduktion fast vollständig nach Asien auslagern und die Entwicklung von Impfstoffen privaten Ausgründungen öffentlich geförderter Forschungsinstitute überlassen.

Die Frage, ob ein in Deutschland entwickelter Impfstoff an andere Länder ausverkauft wird, darf nicht von der Entscheidung des Fußball-Mäzens abhängig sein. So geschehen bei CureVac: Dietmar Hopp hinderte das Tübinger Unternehmen an einem Sonderdeal mit den USA. Darum brauchen wir mehr staatliche Kontrolle, Produktion und Entwicklung.



Svenja Beste-Simmler
(rechts im Bild)

Ich arbeite an der Universität Luxemburg und lebe in Trier. Normalerweise fahre ich jeden Tag nach Luxemburg auf den Campus, aber seit dem 13. März ist der Lehrbetrieb im laufenden Semester auf Online-Lehre umgestellt und der Campus geschlossen. Als Berufspendlerin käme ich zwar trotz der Kontrollen über die Grenze, aber da ich im Homeoffice arbeiten kann, bin ich seit vier Wochen zuhause.

Anna Konrad



Tanja Bültmann

In Großbritannien erlebe ich die Corona-Pandemie in vielerlei Hinsicht ähnlich, wie ihr in Deutschland. Wir leben im Lockdown, müssen Abstand halten und eine große Gefahr liegt in der Überlastung des Gesundheitssystems. Hinzu kommt hier jedoch leider, dass die Regierung an vielen Stellen versagt hat: es wird zu wenig getestet und es gibt nicht genug Schutzkleidung für medizinisches Fachpersonal. Hier können wir noch nicht über eine Lockerung der Schutzmaßnahmen nachdenken.

Als Sarah und ich im Winter entschieden haben, das nächste halbe Jahr sowohl in Berlin als auch in San Jose, Kalifornien zu verbringen und so unsere berufliche Karriere zunächst getrennt an zwei Orten weiter zu verfolgen, haben wir nicht erwartet, dass dies in die Zeit einer weltweiten Pandemie fallen wird. Eine Zeit, in der ein Wiedersehen ungewiss sein wird, Flugreisen auf ein Minimum reduziert werden und unsere Heirat der einzige Grund sein wird, warum es uns erlaubt ist, uns zu sehen! Glücklicherweise konnten wir uns mit dem Heirats-Status nun sehen, aber Kalifornien ist derzeit auch nicht das, was es sonst ist. Wir können nicht wandern gehen, nicht an die Strände und auch nicht das sonst so offene und freie Leben in Kaliforniens Bars und Restaurants genießen. Aber wir haben uns und gutes Wetter und das ist das Wichtigste, was derzeit zählt! Und wenn wir uns alle an die Vorgaben halten, können wir das hoffentlich alles auch bald wieder genießen! Überall auf der Welt! Da ist Kalifornien derzeit gar nicht mehr so anders als Deutschland!

Applaus und steuerfreie Prämienzahlungen für Menschen in systemrelevanten Berufen – das sind tolle und wichtige Gesten, die jedoch nicht ausreichen! Wir brauchen bessere und allgemeinverbindliche Tarifabschlüsse, um Beschäftigte auf Dauer deutlich besser zu entlohnen. Außerdem muss der Personalschlüssel im Gesundheitsbereich verbessert werden, um der zu hohen Arbeitsbelastung beizukommen. Eine angemessene Ausbildungsvergütung, bessere Aufstiegsmöglichkeiten und attraktive Umschulungsprogramme sind schon lange überfällig, um dem massiven Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Die Wirtschaft wiederbeleben – in die Zukunft investieren

Die Politik wird gefordert sein, die abgeflachte Konjunktur wieder zu beleben. Pauschale Unternehmensteuersenkungen oder Steuerentlastungen für die oberen Einkommensschichten werden das nicht bewirken. Vielmehr braucht es ein Wachstums- und Innovationsprogramm für die Gesamtwirtschaft, das Forschung und technische Innovation mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft, der Förderung von Beschäftigung und guten Arbeitsbedingungen sowie dem Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge verknüpft. Drei Investitionsschwerpunkte erscheinen dabei sinnvoll: 1) In Bildung – für hochwertige KiTa- und Ganztagsangebote, für umfassende Weiterbildungsmöglichkeiten, für mehr Personal und für einen Digitalpakt Hochschule. 2) In kommunale Infrastruktur – weil Schwimmunterricht nicht aufgrund mardorer Schwimmbäder ausfallen darf, weil zerfallende Verkehrsinfrastruktur nicht die Ursache von Störungen im Betriebsablauf sein darf und weil wir Mobilfunk und schnelles Internet überall brauchen. Sowie 3) In Maßnahmen zum Klimaschutz – um die Klimaschutzziele zu erreichen, um Vorreiter einer kohlestofffreien Wirtschaft zu sein und um auf dem Weltmarkt entsprechende Technologien anbieten zu können.

Finanziert werden können die vorgeschlagenen Maßnahmen aus Abgaben auf besonders hohe Vermögen und über eine mit wachsendem Einkommen steigende Corona-Solidaritätsabgabe. Wir brauchen eine Umstellung in der Steuerpolitik, die Einkommen aus Kapital höher besteuert als Arbeitseinkommen. Nur wenn starke Schultern mehr tragen als schwache Schultern, kann es uns gelingen, die sozialen Fliehkräfte in Deutschland und Europa einzudämmen.

Ungleichheit bekämpfen

Diese Krise offenbart nicht nur einmal mehr die bestehende Ungleichheit in unserer Gesellschaft, sondern sie verstärkt sie. Anhand von Vorerkrankungen können wir erkennen, dass der CoV-2 Virus die Menschen nicht gleichermaßen trifft: Männer mittleren Alters mit

niedriger Berufsqualifikation haben ein achtmal höheres Risiko, aufgrund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen frühverrentet zu werden als Männer im selben Alter, die hochqualifiziert sind. Frauen, die dem unteren Einkommensdrittel der Gesellschaft angehören, haben ein dreimal höheres Risiko an chronischer Bronchitis zu leiden als Frauen aus dem oberen Drittel. Die Beispiele ließen sich fortführen...

Bei Schulschließungen, verhängten Ausgangs- und Kontaktsperren zeigt sich zudem: Wer in großen Wohnungen mit Balkon oder im eigenen Haus mit Garten wohnt, dem/der fällt es leichter, zuhause zu bleiben. In Familien, in denen jedes Kind ein eigenes Zimmer und ein eigenes Tablet oder Laptop hat, fällt das Homeschooling leichter, als wenn ohne ausreichend Geräte beengt am Küchentisch gelernt werden soll. Im Homeoffice befinden sich vor allem diejenigen mit gut bezahlten Jobs. Dass diese auch einer Herausforderung ausgesetzt sind – insbesondere, wenn sie das Homeoffice mit Kinderbetreuung vereinbaren müssen – steht außer Frage. Aber es ist eine andere Herausforderung, wenn das zu geringe Kurzarbeitergeld oder der geschlossene eigene, kleine Betrieb die Frage nach dem wirtschaftlichen Überleben stellt.

Systemrelevant sind die Beschäftigten im Gesundheitsbereich und in den Pflegeberufen, aber auch die KassiererIn / der Kassierer, Die GebäudereinigerIn / der Gebäudereiniger, die Müllabfuhr und viele weitere, die harte Arbeit auf sich nehmen und sich tagtäglich gesundheitlichen Gefahren aussetzen, um unser alltägliches Leben trotz Corona am Laufen zu halten. Es sind die mit mehr Vorerkrankungen, mit kleineren Wohnungen und größeren wirtschaftlichen Sorgen. Besonders hoch ist der Anteil von Frauen in diesen Berufen, sodass die Krise auch die Ungleichheit der Geschlechter zusätzlich verstärkt.

Mit alle dem offenbart sich in der Krise, dass diejenigen, die systemrelevant sind, diejenigen sind, die unterbezahlt sind. Deshalb sind wir alle gefordert, daraus nach der Krise richtungsweisende Schlüsse zu ziehen. Nämlich: Aufwerten und besser bezahlen!

Aufgrund des tragischen Beispiels von Italien und des durch die Finanzkrise geschwächten Gesundheitssystems hierzulande, wurden in Griechenland sofort strenge Maßnahmen verordnet.

Dies scheint sich ausgezahlt zu haben und hat auf die Gesellschaft einen besänftigenden Einfluss. Der Schutz der geflüchteten Menschen gestaltet sich aufgrund der wirtschaftlichen Krise schwierig und wird ohne Hilfe von der EU kaum zu stemmen sein, denn wenn sich unter ihnen das Virus verbreitet, wird es nicht mehr aufzuhalten sein. Auch Zukunftsängste breiten sich aus, da Griechenland größtenteils vom Tourismus lebt.

Gestimani Kerasidou



Für alle, die das Thema Investitionen interessiert: Wiebke hat dazu bereits im Februar mit einigen KollegInnen ausführlichere Vorschläge im Handelsblatt veröffentlicht. Ihr findet den Text mit dem Titel „Investitionsoffensive für Deutschland starten!“ unter Neuigkeiten auf Wiebkes Homepage.



Der neue soziale Arbeitsmarkt - von den Neuerungen profitiert auch Bielefeld



Seit dem Amtsantritt von Hubertus Heil im Bundesarbeitsministerium befindet sich die Grundsicherung für Arbeitssuchende fast unbemerkt in einem grundlegenden Wandel: An die Stelle der alten Leitlinie des „Förderns und Forderns“, die bei den Hartz-IV-Gesetzen bis dato im Vordergrund stand, tritt die neue Leitlinie „Ermutigung und Mitwirkung“, durch die der sozialpolitische Kern der Gesetze herausgeschält wird. In Bielefeld – immer wieder beachtet wegen seiner innovativen Arbeitsmarktpolitik – lässt sich dieser Paradigmenwechsel besonders gut beobachten.

Unterstützung für die „vergessenen“ Langzeitarbeitslosen

Diskussionen um Sanktionen und um die Höhe von Regelsätzen haben häufig verdeckt, worum es in der Grundsicherung für Arbeitssuchende eigentlich geht. Das 2005 in Kraft gesetzte zweite Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB II) soll vor allem langzeitarbeitslosen Menschen neue Perspektiven aufzeigen und passende Unterstützungsangebote anbieten. In den neuen Behörden, den Jobcentern, wurden deshalb Beratungsfachkräfte qualifiziert und ein Fallmanagement etabliert. Doch auf der Angebotsseite gab es bislang leider keine langfristigen und passenden Optionen für Langzeitarbeitslose in annähernd ausreichender Zahl.

Erst unter dem neuen Arbeitsminister wurde mit dem Teilhabechancengesetz ein bisher nie dagewesenes Programm zur Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen aufgelegt. Erwerbslose, die schon über sechs Jahre SGB-II-Leistungen beziehen, können nun über den sogenannten Sozialen Arbeitsmarkt in Unternehmen sowie in sozialen und öffentlichen Einrichtungen mit tarifgebundener Entlohnung arbeiten. Sie werden dabei bis zu fünf Jahre vom Jobcenter Arbeitplus Bielefeld mit hohen Lohnkostenzuschüssen gefördert. Auch Personen, die zwei Jahre arbeitslos

sind, werden besonders gefördert. In Bielefeld haben davon allein bis Mitte März dieses Jahres über 400 Personen profitiert, die nach langer Arbeitslosigkeit wieder eine Perspektive gefunden haben.

Der Paradigmenwechsel in der Beratung

Ebenfalls wurde durch den neuen Arbeitsminister das Bundesprogramm „rehapro“ umgesetzt – ein Modellvorhaben zur Erprobung innovativer Leistungen und Maßnahmen für den Erhalt beziehungsweise die Wiederherstellung der Erwerbstätigkeit von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Auch das Bielefelder Jobcenter hat sich mit seinem Projekt „Beraten - Ermutigen - Assistieren“, kurz BEA, erfolgreich für das Bundesprogramm beworben und erhält nun bis 2024 eine Förderung über gut sechs Millionen Euro. Im Projekt BEA wird ein neuer kooperativer Beratungsansatz für abhängigkeits- und psychisch kranke Langzeitarbeitslose umgesetzt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entscheiden selbst über die Schritte zur Verbesserung ihrer Situation. Ihre individuellen Bedarfe werden in einem gesetzten Rahmen entsprechend finanziert. Über Selbsthilfevereinigungen übernehmen auch Personen die Beratung, die diese Erkrankungen überwunden haben und in Beratungskompetenzen geschult worden sind.

Nachdem Hubertus Heil diesen Weg freigemacht hat, wird in Bielefeld erprobt, wie das Jobcenter anders – vor allem mit mehr Vertrauen – mit den Leistungsempfängerinnen und -empfängern zusammenarbeiten kann. Es gilt, sie in ihrer Eigenkompetenz stärker wahrzunehmen und ihre Selbstwirksamkeit und damit ihr Selbstbewusstsein zu steigern. Das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld strebt an, dieses Vorgehen auch auf andere Langzeitarbeitslose auszudehnen und verhandelt dazu mit den entsprechenden Instanzen.



Wiebke Esdar und Rainer Radloff (Geschäftsführer des Bielefelder Jobcenters), immer im engen Austausch, um Erfahrungen aus der Praxis und politische Vorhaben abzugleichen.

Ermutung und Mitwirkung statt Fördern und Fordern

Besonders augenfällig wird die neue Haltung im Arbeitsministerium durch die Aussage von Hubertus Heil: „An die Stelle des „Förderns und Forderns“ tritt „So viel Ermutung wie möglich und so viel Mitwirkung wie nötig“. So wird betont, dass die fördernde Beratung und die Sicherstellung der Geldleistungen im Vordergrund der Jobcenter stehen. Die Sanktionen im SGB II wurden durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bereits eingeschränkt. In Bielefeld hat das Jobcenter schon seit Jahren eine der niedrigsten Sanktionsquoten in Deutschland – es wird Wert auf Verbindlichkeit durch den Aufbau einer Beratungsbeziehung gelegt.

Zukünftig wird es nur noch Sanktionen bis zu maximal 30 Prozent der Regelleistungen geben und dabei muss die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden. Auch haben sich die Länder und die Bundesregierung endlich darauf verständigt, dass es keine Totalsanktionierung mehr für Jugendliche gibt. Damit ist sichergestellt, dass es zwar weiterhin Verbindlichkeit geben muss, dass aber zugleich eine Untergrenze gewährleistet ist, durch die Menschen nicht mehr völlig aus dem System der sozialen Hilfe fallen können.

Entschlossenes Handeln in der Krise

Im Rahmen der Coronakrise hat Hubertus Heil schnell und pragmatisch viele Erleichterungen im Rahmen des SGB II geschaffen:

- Die Anträge auf Arbeitslosengeld II wurden massiv verkürzt und damit weitgehend entbürokratisiert.
- Keine/r muss mehr Angst haben, dass die Wohnung oder das persönliche Eigentum kurz nach der Antragstellung aufgegeben werden muss – die Miete bzw. Zinszahlungen werden in den ersten Monaten ungeprüft übernommen.
- Die aufwendige Vermögensprüfung wurde erheblich vereinfacht. Angerechnet werden in den nächsten Monaten lediglich schnell verwertbare Vermögen von über 60.000 Euro.

Das SGB II sieht vor, dass Arbeitslose, die beispielsweise Jobangebote ausschlagen oder Fördermaßnahmen ablehnen, sanktioniert werden können. Damit ist gemeint, dass ihnen Teile der Leistungen gestrichen werden. Im November 2019 hat das Bundesverfassungsgericht nun jedoch entschieden, dass insbesondere Kürzungen um 60 Prozent oder mehr das vom Staat zu gewährende Existenzminimum unterlaufen und demnach nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

Vielen Menschen, die infolge der Pandemie ihr Einkommen verloren haben oder ihr Kurzarbeitergeld aufstocken müssen, kann so schnell finanziell geholfen werden. Nach Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit werden davon in Bielefeld bis zu 13.000 Erwachsene profitieren.

Die Arbeitsmarktpolitik von Hubertus Heil spiegelt somit insgesamt vor allem eins: Es geht um mehr Vertrauen den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, die in Not geraten sind. Die Hürden für die Unterstützung durch die Jobcenter müssen weiter gesenkt werden. Wenn die Menschen merken, dass sie in einem Sozialstaat leben und nicht in einer Misstrauensbürokratie, haben wir eine wahre Grundsicherung, die ihren Namen verdient!



Bielefelds moderner Norden: Baumheide wandelt sich

“Pumpen, pumpen...” – der Partysong von Hardsoul ist für einige inzwischen Bielefelds inoffizielle Hymne. Fest steht, dass er seit 2009 zur Stadtkultur gehört und Baumheides bis dato größter Exporthit ist. Nun pumpt die Politik zurück – und zwar 27 Millionen Euro aus EU, Bund und Land zur Erneuerung des Stadtteilzentrums. Das sind wichtige Investitionen, um das Quartier attraktiver und lebenswerter zu machen.

Große, graue Wohnblöcke und eine wenig einladende Stadtbahnhaltestelle kommen vielen von uns in den Sinn, wenn wir an Baumheide denken. Baumheide ist ein Stadtteil mit vielen Menschen in sozialen Problemlagen. Aber dennoch ist es auch ein bunter, ein durchmischter Stadtteil, in dem Menschen aus 18 verschiedenen Nationen, mehreren Generationen und sozialen Schichten zusammenleben. Entstanden in den 1960er- und 70er-Jahren, sollte Baumheide als eigenständiger und funktionaler Stadtteil, abseits des Stadtzentrums, dem städtebaulichen Leitbild “Urbanität durch Dichte” folgen. Die daraus entstandenen, eng aneinander stehenden, teils zehnstöckigen Siedlungsbauten prägen noch heute markant das Erscheinungsbild.

Innerhalb der Stadtgesellschaft hat Baumheide immer wieder mit Vorurteilen zu kämpfen und das, obwohl eine Quartiersbefragung unter den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst ergeben hat, dass sich diese dort überwiegend wohl fühlen. Ein guter Anschluss an die Stadtbahn, der in der Nähe gelegene Obersee und idyllische Einfamilienhaus-Siedlungen – Baumheide ist heute schon eine lebenswerte Heimat für viele Bielefelderinnen und Bielefelder.

Trotz der Dinge, die gut funktionieren, gibt es jedoch auch reale Problemlagen, die Auswirkungen auf das Leben vor Ort haben.

Im Zentrum des Quartiers befinden sich zwei große Supermärkte, die Stadtbahnhaltestelle, ein Freizeitzentrum, eine Stadtteilbibliothek und der Rabenplatz. Das alles klingt zunächst nach guten Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeinschaftswesen. Doch obwohl sich an den zentralen Orten tatsächlich ein Großteil des öffentlichen Lebens in Baumheide abspielt, mangelt es hier doch an echter Aufenthaltsqualität. Die wie ein Trog in den Boden eingelassene Haltestelle der Linie 2, das Freizeitzentrum und viele der umstehenden Wohnblocks fallen vor allem durch ihre grau-braune Waschbetonoptik auf und versprechen wenig Gemütlichkeit. Barrierefreiheit ist nicht überall gegeben, ebenso mangelt

es stellenweise an Spiel- und Sitzgelegenheiten. Einige Bereiche der Umgebung werden als Angsträume wahrgenommen. Insgesamt dient das Zentrum Baumheides bisher eher als Durchgang statt als Ort der Begegnung.

Das soll sich nun ändern! Im Rahmen des INSEK-Programms (INteгриertes Städtebauliches Entwicklungskonzept) sollen umfassende Erneuerungen in Baumheide realisiert werden. Insgesamt 27 Millionen Euro aus Fördermitteln der Europäischen Union, des Bundes und des Landes NRW stehen zur Verfügung, um Baumheide aufzuwerten. Im Zeitraum von 2020 bis 2022 werden 30 Einzelprojekte mit den Fördermitteln vor Ort umgesetzt. Von Anfang an





werden Anwohnerinnen und Anwohner, ebenso wie Funktionsträgerinnen und -träger, in die Planungen mit einbezogen.

Eine wichtige, mit rund sechs Millionen Euro finanzierte Maßnahme ist die umfassende Modernisierung des Freizeitzentrums. Hier wird nicht nur die Fassade erneuert und ein energetischer Umbau vorgenommen, auch die Innenräume werden neugestaltet. Werkstätten, Kreativ- und Proberäume sollen Macherinnen und Machern aus dem Viertel Möglichkeiten bieten, ihre Ideen zu verwirklichen. Ebenso ist die Einrichtung eines Cafés mit Außenbereich geplant. Die Stadtteilbibliothek wird zu einem offenen Angebot und Lernort erweitert, der deutlich mehr Aufenthaltsqualität bieten soll. Auch der vorgelagerte Rabenplatz wird saniert. Aufenthalts-, Spiel- und Sportmöglichkeiten werden den Platz künftig auf.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Neugestaltung der Stadtbahnhaltestelle: Mit Barrierefreiheit, einer neuen Fassadenverkleidung und mehr natürlichem Licht in der Station. Die Station wird zudem mit einer Grünfläche überdacht, die für die Freizeitnutzung vorgesehen ist.

Das Programm beschränkt sich allerdings nicht nur auf bauliche Maßnahmen, sondern umfasst gezielt auch die Förderung sozialer Bildungsangebote. Mit der Neueröffnung der Kita "Traumheide" werden Betreuungsplätze geschaffen. Für Jugendliche wird es mehrere Sport-, Me-

dien- und Bildungsprojekte unter dem Titel "Bildungsbrücken Baumheide" geben, um Benachteiligungen auszugleichen und Misserfolg im Bildungssystem zu bekämpfen. Auch die Gründung der "Stadtteilmütter", die Bewohnerinnen und Bewohner im Viertel in verschiedenen Belangen unterstützen sollen, ist geplant. Ältere Menschen profitieren von einer Verbesserung der Pflegeangebote, die verstärkt kultursensibel ausgestaltet werden. Programme zur Gesundheitsprävention und zur Alltags- und Krisenbewältigung sollen die Menschen vor Ort unterstützen, weil beides in Deutschland immer noch stark mit Armut und Arbeitslosigkeit zusammenhängt. Arbeitssuchende Bewohnerinnen und Bewohner werden durch Beratung und Einzelcoaching vor Ort stärker unterstützt, damit mehr von ihnen in sozialversicherungspflichtige Jobs kommen. Ein neues Stadtteilbüro übernimmt Koordinationsaufgaben und den Aufbau eines Stadtteilnetzwerkes.

Damit wird Baumheide als soziale Stadt gefördert – um die Lebensqualität zu steigern, damit sich Gemeinschaftssinn und Solidarität besser entwickeln können. Das beugt Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Kriminalität vor. Darum lohnen sich diese enormen Investitionen. Deshalb muss das ganze Stadtgebiet berücksichtigt werden, um die soziale Stadt Bielefeld realisieren zu können.

Wiebke war übrigens schon ganz früh in ihrem Leben regelmäßig in Baumheide:

Als sie drei war, hat sie zusammen mit ihrem Zwillingenbruder Steffen regelmäßig die Zipfelmützensgruppe im Freizeitzentrum besucht. Mit vier ist sie dann in den evangelischen Kindergarten Baumheide gekommen... Und hat von dort aus zum Glück keine musikalische Karriere gestartet – auch, wenn es damals anders aussah!



„Als Abgeordnete bist du immer nur so gut, wie das Team, das hinter dir steht“

Wiebke Esdar

„Kommt ihr auch aus Bielefeld?“ Die Frage kriegen wir als Wiebkes Berliner Büro oft zu hören und dann lautet die Antwort: „Nö, ich komme ursprünglich aus Berlin oder Stadtlohn oder...aus Nürnberg!“ Dort, in der Frankenmetropole, bin nämlich ich geboren und aufgewachsen.

In meiner Kindheit und Jugend tobte ich mich in vielen Hobbys aus: von Judo und Schwimmen bis hin zu Klavierspielen und Bogenschießen war alles Mögliche dabei. Hängen geblieben bin ich aber beim Säbelfechten. Da habe ich nicht nur an Bayerischen und Deutschen Meisterschaften teilgenommen, sondern später auch selbst Kinder und Jugendliche trainiert.

Mit Politik in Berührung kam ich früh. Meine Familie ist bis heute politisch und so haben wir am Essenstisch immer jede Menge diskutiert. Dadurch ist bei mir auch früh ein Bewusstsein für Gerechtigkeit und Solidarität gewachsen; ein Bewusstsein dafür, dass es nicht allen Menschen gleich gut geht, dass man Rücksicht aufeinander nehmen soll und dass man sich für seine Überzeugungen einsetzen muss. Insofern kein Wunder, dass ich schon mit 15 Jahren in die SPD eingetreten und Mitglied bei den Jusos geworden bin. Früher ging damals übrigens nicht ...

Zudem begeisterte ich mich schon als Kind für Wahlen. Meine erste verfolgte ich mit acht Jahren: Helmut Kohl wurde nach 16 Jahren Kanzlerschaft von Gerhard Schröder abgelöst. An der Partylaune meiner Eltern merkte ich, dass da etwas ganz Besonderes passiert war. Trotzdem hatte ich Mitleid mit diesem Kohl, wie er immer dasaß im Bundestag, manchmal Schokolade unterm Tisch naschte oder auch mal weinte, wenn die rot-grüne Opposition besonders gemein war. Welches Kind findet sich da nicht wieder? Doch es dauerte nicht lange und auch ich begriff: Dass Union und FDP in der Opposition landeten, war damals längst überfällig! Jedenfalls muss dann irgendwas Klick gemacht haben, denn seitdem lassen mich Wahlen nicht mehr los. Und noch heute befällt mich an Wahltagen eine seltsame



Lukas Krüdener

Unruhe, bis dann endlich um 18 Uhr die ersten Hochrechnungen kommen. Nur dass heute die Balken für die SPD leider nicht mehr so weit nach oben wachsen wie früher!

Trotzdem habe ich heute das besondere Glück, dass mein Hobby auch mein Beruf ist. Seit Februar 2018 arbeite ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Wiebke. Im Bundestag betreue ich unter anderem ihre Arbeit im Ausschuss

für Bildung und Forschung, mache inhaltliche Recherchen oder unterstütze sie, Bürgeranfragen zu beantworten.

Übrigens: dass ich das alles darf, habt ihr in Bielefeld und Werther mit eurer Stimme für Wiebke möglich gemacht. Deshalb auch mal ein herzliches Danke dafür! Denn hätte ich gedacht, dass ich eines Tages für eine Bundestagsabgeordnete in Berlin arbeiten würde? Naja, ehrlich gesagt hatte ich das schon immer ein bisschen gehofft. Zumal mein heutiger Job gut ins Bild passt: erst Geschichte/Sozialkunde als Abitur-Leistungskurs; dann Politikwissenschaft und Geschichte studiert; und schon als Studi nebenher für Abgeordnete im Bayerischen Landtag und im Bundestag gearbeitet.

Was bleibt noch über mich zu sagen? Ah ja, ich bin auch ein großer Fan meines Heimatvereins, des ruhmreichen 1. FC Nürnberg. Okay, das „ruhmreich“ stammt noch aus den Zeiten als Rekordmeister (bis heute mit neun Meisterschaften übrigens noch immer Vize!). Und heute geht es eher darum, sich mit Arminia Bielefeld um den Titel als Rekordabsteiger zu duellieren. Aber nach jedem Abstieg kam bisher noch immer ein Aufstieg. Und das gilt am Ende nicht nur für den „Club“, sondern auch für die SPD. ;)

90%

der Einkommensteuer zahlenden Menschen müssen ab 2021 keinen Solidaritätszuschlag mehr zahlen.

22 MILLIONEN

Euro erhalten Bielefeld und Werther aus dem Digitalpakt Schule.

515

Euro Mindestlohn für Auszubildende im ersten Lehrjahr sind seit 2020 Pflicht.

601 MINUTEN



Reden hat Wiebke in dieser Wahlperiode im Plenum gehalten, das entspricht ca.

7 MILLIARDEN

Euro stellt der Bund zwischen 2015 und 2022 für die Kommunen als Investitionen in Infrastruktur und Schulsanierungen bereit.

verschiedene Büroräumlichkeiten hat Wiebke mit ihrem Berliner Team im Bundestag schon bezogen/bewohnt.

AN 110

namentlichen Abstimmungen hat Wiebke seit der Bundestagswahl 2017 teilgenommen.

213

Sitzungswochen gab es in 2019.

27,5 MILLIONEN

Euro erhält Bielefeld bis 2020 dank des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes vom Bund für Investitionen.

können maximal an einer Telefonkonferenz teilnehmen, wenn Wiebke dafür in den letzten Wochen einen virtuellen Raum gebucht hat. Es sind aber natürlich meistens sehr viel weniger.

240 PERSONEN



Telefonkonferenzen hatte Wiebke allein in den letzten drei Wochen.

509

FORMATE

für Videokonferenzen hat Wiebke in der Corona-Zeit für ihre Arbeit genutzt: WebEx, Zoom, Skype, Facetime, WhatsApp und Houseparty.

7% beträgt die Mehrwertsteuer auf Damenhygieneprodukte seit dem 01.01.2020.

8 MILLIONEN EURO

1.017,8

des Investitionsvolumens in NRW zwischen 2015 und 2019 trug der Bund, das entspricht

74,8%

FOTOCOLLAGE



Das Unterstützerteam von Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken am Abend des SPD-Mitgliederentscheids zur neuen Parteiführung im Willy-Brandt-Haus beim Feiern.



Zum Weltfrauentag haben wir für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern demonstriert. Hier mit Anke Unger, Vorsitzende des DGB OWL (rechts im Bild) und Ute Herkströter, 1. Bevollmächtigte der IG Metall OWL (links im Bild).



Austausch über die finanzielle Situation und aufenthaltsrechtliche Fragen von internationalen Studierenden mit dem Internationalen Studierendenrat der Uni Bielefeld.



Die Tartanbahn der olympischen Spiele in Peking kommt aus Bielefeld - gelernt habe ich das bei meinem Unternehmensbesuch bei der Stockmeier Chemie GmbH & Co KG.



All die Briefumschläge mit den Briefmarken vom Mitgliederentscheid der SPD - immerhin gut 300.000 Stück - konnte ich nach Bielefeld holen und gemeinsam mit Christina Kampmann der Sammelstelle in Bethel übergeben.



Starker Frauenbesuch in Berlin - von der Gleichstellungsstelle der Stadt Bielefeld und dem Feministischen Netzwerk.



Die Gäste meiner außergewöhnlichen Bürger-sprechstunde: wir sind sonntagvormittags mit der Oldtimerbahn durch Bielefeld gefahren.



Kein Platz für Nazis, schon gar nicht am 9. November. 14.000 Menschen haben für ein buntes und weltoffenes Bielefeld demonstriert. Wir waren natürlich auch mittendrin statt nur dabei!

Julian Knabenreich, Mariella Geffe und Anissa Ziane haben es ins Finale von "Jugend präsentiert" geschafft. Als sie dafür mit ihren Familien nach Berlin gereist sind, gab's auch eine kleine Stippvisite im Bundestag.



Bielefeld United und eine Auswahl ehemaliger Arminia-Profis spielt gegen den FC Bundestag. Spannendes Spiel und eine tolle dritte Halbzeit 😊



Die DRK-KiTa „weltweit“ ist als Literatur-Kita und Buchkindergarten zertifiziert. Dazu passend durfte ich ihre tolle neue Bibliothek mit einweihen.



Von „cradle to cradle“ spricht man, wenn Güter in einem geschlossenen Wirtschaftskreislauf recycelt werden. Das passiert am Bielefelder Standort der ZF Friedrichshafen AG mit alten Kupplungen. Eine kleine Delegation von ihnen durfte ich im Bundestag empfangen.

Interview: SPD-Vorsitzender Norbert Walter-Borjans



Veith Lemmen, Wiebke Esdar und Pit Clausen im Gespräch mit Norbert Walter-Borjans

Wiebke Esdar: **Das Coronavirus hat unser Land in eine tiefe Krise gestürzt. Bürgerrechte wurden eingeschränkt, das öffentliche Leben wurde eingefroren, die Wirtschaft stillgelegt. Was kommt danach? Wird diese Krise unser Land verändern?**

Norbert Walter-Borjans: Jetzt kommt es darauf an, Leben zu schützen, aber auch den Ruin von Unternehmen und Beschäftigten zu verhindern. Deshalb die Kontaktsperrungen, deshalb die riesigen Rettungspakete. Wenn die akute Krise überwunden ist, werden wir Impulse für die Konjunktur brauchen und endlich die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen müssen. Am Ende wird die Coronakrise viel Geld gekostet haben. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Kosten gerecht verteilt werden. Ich glaube auch, dass uns allen durch diese Krise klar geworden ist, wer die echten Leistungsträger in diesem Land sind – und dass diese Leistungsträger zumeist Leistungsträgerinnen sind: wie die Verkäuferin im Supermarkt, die Pflegerin im Krankenhaus

oder die Erzieherin im Kindergarten. Wir werden endlich begreifen, was diese Menschen leisten und was sie seit jeher sind: Nämlich unentbehrlich, genauso wie LKW-Fahrerinnen und -fahrer, Busfahrerinnen und -fahrer, Bäckerinnen und Bäcker, Feuerwehrleute, Reinigungskräfte, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter und noch viele mehr. Dann müssen sie auch endlich das verdienen, was sie verdient haben, und die soziale Sicherheit bekommen, die in einem wohlhabenden Land wie Deutschland angemessen ist. Das jedenfalls ist meine Hoffnung – und mein politisches Ziel.

Wiebke Esdar: **In der Krise sind wir plötzlich alle wieder für hohe Staatsausgaben, auch wenn dafür Milliardenkredite nötig sind. Die schwäbische Hausfrau hat erst mal Pause. Aber nach der Krise wird man sie bestimmt wieder auf die politische Bühne holen wollen. Diese schwäbische Hausfrau ist ja das Vorbild für alle, die sagen: der Staat darf nicht mehr Geld ausgeben als er einnimmt, er darf also**

keine Schulden machen. Du hast diesen Vergleich schon immer kritisiert. Warum?

Norbert Walter-Borjans: Weil die schwäbische Hausfrau viel schlauer ist, als uns das Klischee weismachen will. Selbstverständlich würde sie auch in wirtschaftlich normalen Zeiten einen Kredit aufnehmen, um ihr Haus zu renovieren oder eine moderne Heizung zu kaufen, weil sie damit in die Zukunft investiert. Denn sie möchte nicht, dass ihr Haus verfällt und ihre Kinder nur eine wertlose Bruchbude erben. Und sie weiß, dass sie mit einer modernen Heizung langfristig Geld spart und die Umwelt schützt. Wenn ihr die Investition mehr nützt als sie kostet, wäre sie absolut unvernünftig, sie zu unterlassen. Wenn der Staat schlau ist, muss er es genauso machen. Er muss seinen Besitz und seine Einrichtungen fortlaufend modernisieren und verbessern. Auch mit Krediten. Denn nur wer investiert, bleibt wohlhabend. Wer hingegen auf Zukunftsinvestitionen verzichtet, wird am Ende ärmer sein.

Wiebke Esdar: **Vor kurzem haben das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft und das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung eine gemeinsame Studie veröffentlicht. Dort fordern sie überraschend einträchtig ein langfristiges Investitionspaket des Staates: 450 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre - und zwar zusätzlich. Ist das der richtige Weg?**

Norbert Walter-Borjans: Ja. Das ist die Summe, die wir mindestens ausgeben müssen, damit Deutschland auch 2030 noch zu den führenden Wirtschaftsnationen der Welt gehört. Die Wirtschaft der Zukunft wird digital sein und sie muss nahezu klimaneutral sein. Und sie braucht intakte Verkehrswege und Schulen mit einem zeitgemäßen Bildungsangebot, das nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Dafür müssen wir dringend sorgen. Es geht um den Aufbruch in eine neue Zeit. Wenn wir es richtig machen, dann werden die Energie-

wende und die Digitalisierung zu neuen und sicheren Jobs führen. Eine neue Industrie wird entstehen und mit ihr ein neuer, nachhaltiger Wohlstand. Das setzt allerdings voraus, dass der Staat die richtigen Regeln setzt und selbst massiv investiert: in neue Energie- und Verkehrssysteme, in digitale Netze und ökologische Technologien, auch in bessere Schulen und Kitas. Wir können aus Wandel Fortschritt machen - für die Vielen - nicht nur für die Wenigen. Wirtschaftlichen Fortschritt, ökologischen Fortschritt und auch sozialen Fortschritt.

Wiebke Esdar: Können sich Bund und Länder ein solches Investitionspaket überhaupt leisten? Gerade haben der Bundestag und viele Landtage riesige Rettungspakete gegen die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise verabschiedet. Der Bund wird fast 160 Milliarden Euro an neuen Krediten aufnehmen, das Land NRW immerhin 25 Milliarden Euro.

Norbert Walter-Borjans: Die Rettungspakete sind tatsächlich gewaltig. Wir setzten das Geld ein, damit Menschen ihre Jobs behalten, damit Solo-Selbstständige, Künstlerinnen und Künstler überleben, damit mittelständische Unternehmen nicht pleite gehen und damit Mieterinnen und Mieter ihre Wohnungen behalten können. Die Wirtschaft wird nach der Krise zwar wieder wachsen. Aber es muss auch noch etwas da sein, was wachsen kann. Wir verhindern eine ökonomische Kernschmelze. Das Rettungspaket ist aber keine Zukunftsinvestition. Es baut lediglich eine Brücke. Nur durch Zukunftsinvestitionen bleiben wir wirtschaftlich stark. Wir können es uns nicht leisten, auf sie zu verzichten. Nach der Krise noch weniger als vorher.

Wiebke Esdar: Aber eigentlich verbieten das Grundgesetz und die Verfassungen der Länder doch neue Schulden.

Norbert Walter-Borjans: Eines mal vorweg: Für den Fall einer Krise sieht das Grundgesetz ausdrücklich eine Ausnahme vor. Und den darf man im Augenblick wohl unterstellen. Dazu hat der Deutsche Bundestag auch den notwendigen Beschluss gefasst. Anders wäre das riesige Rettungspaket überhaupt nicht zu stemmen. Aber Kredite sind auch in Normalzeiten nicht per se schlecht. Wenn ich Schulden mache, um jeden Tag eine Champagner-Party zu feiern, ist das dumm. Wenn ich aber auf Kredit ein Auto kaufe, damit ich einen besser bezahlten Job erreichen kann, ist das klug. Kredite für kluge Investitionen dürfen nicht ausgeschlossen sein. Da hat die Schuldenbremse einen Konstruktionsfehler. Deswegen wird auch nach Auswegen gesucht, wie man verhindert, dass aus der Schuldenbremse eine Zukunftsbremse wird. Das ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Ich möchte unseren Kindern und Enkeln



ein Land mit gesunden Wäldern und sauberer Luft hinterlassen, mit attraktiven Arbeitsplätzen und hervorragender Bildung. Was nützt ihnen ein niedriger Schuldenstand, wenn sie in einer Zeit ständiger Dürren leben müssen, gut bezahlte Arbeitsplätze verlagert wurden und Deutschland in einen technologischen Rückstand geraten ist? Das wären wirklich Schulden, die wir ihnen nicht hinterlassen dürfen. Besser wäre es also, den Fehler zu beheben und Kredite für Zukunftsinvestitionen zuzulassen.

Wiebke Esdar: Einen Großteil des Investitionspakets müssten die Städte und Gemeinden aufbringen. Wie soll das gehen, wenn 2.500 von ihnen heute schon überschuldet sind?

Norbert Walter-Borjans: Indem Bund und Länder diese Städte entschulden. Wir müssen unseren Städten wieder die Finanzkraft zurückgeben, die sie brauchen - und die ihnen zusteht! - um ihren Bürgerinnen und Bürgern wieder ausreichend Daseinsvorsorge und öffentliche Lebensqualität bieten zu können. Dass die Sozialausgaben in den vom Strukturwandel gebeutelten Städten höher sind als anderswo, ist doch nicht ihre Schuld. Es liegt an einer zu geringen Erstattung ihrer gesetzlichen Aufgaben. Statt dafür ausreichend entschädigt zu werden, müssen diese Städte ihre Gebühren und die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer erhöhen. Höhere Steuern bei schlechterem Zustand von Straßen, Schulen und öffentlichen Einrichtungen - so kommen die nie auf einen grünen Zweig. Die SPD hat für die Entschuldung dieser Gemeinden einen

Plan vorgelegt. Leider blockieren und bremsen die CDU und CSU, wo sie nur können. Übrigens auch und vor allem die NRW-CDU. Armin Laschet steckt die Hände in die Taschen und macht nichts, um das Altschuldenproblem zu lösen. Auf ihn ist kein Verlass.

Wiebke Esdar: Seit Dezember 2019 stehst du gemeinsam mit Saskia Esken an der Spitze der Bundes-SPD. Wie ist es eigentlich für einen Finanzpolitiker, Co-Vorsitzender einer Schwäbin zu sein? Und was lernt man da als rheinische Frohnatur?

Norbert Walter-Borjans: Sparen ist ja nicht grundsätzlich schlecht. Man darf es nur nicht am falschen Ende tun. Leider haben wir das in Deutschland zu lange gemacht. Saskia gehört eindeutig zu den schwäbischen „Hausfrauen“ (wenn ich hier einmal den für sie nicht wirklich zutreffenden Begriff benutzen darf), die das erkannt haben. Wir sind ja gerade angetreten, um Deutschland mit massiven Investitionen fit für die Zukunft zu machen. Deshalb passt das mit der Schwäbin und dem Rheinländer. Und was man als rheinische Frohnatur dabei lernt? Das lässt mich an Johannes Rau denken, der immer gesagt hat, die Westfalen müssten halten, was die Rheinländer versprechen. Als Finanzminister habe ich dann gelernt, dass ich oft halten musste, was Westfalen versprochen hatten. So oder so ist eine Mischung also immer gut. Das geht auch mit Rheinländer und Schwäbin.

„Mit dem Zollstock durch die Finanzpolitik“ - Lothar Binding zu Gast in Bielefeld

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ der SPD-Bundestagsfraktion besuchte mich im November vergangenen Jahres mein Kollege aus dem Finanzausschuss, Lothar Binding, für einen finanzpolitischen Themenabend in Bielefeld. Lothar sitzt bereits seit vielen Jahren für die SPD im Bundestag und ist derzeit finanzpolitischer Sprecher unserer Bundestagsfraktion. Mit seinem umfangreichen finanzpolitischen Expertenwissen bot er unseren rund 50 Gästen unter der Leitfrage „Haben wir in Deutschland ein gerechtes Steuersystem?“ eine anschauliche und leicht verständliche Einführung in die Grundprinzipien des deutschen Steuersystems. Anhand einfacher Beispiele sowie mithilfe von Skizzen und Grafiken erörterte er nicht nur die Unterschiede zwischen direkten und indirekten Steuern, zwischen der Grenzsteuer- und der Durchschnittssteuerverlauf oder zwischen der

Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen, sondern auch die Steuervermeidungsstrategien großer Konzerne sowie entsprechende politische Gegensteuerungsmöglichkeiten. Immer wieder kam dabei auch der im Titel bereits angekündigte Zollstock zum Einsatz. Klar wurde durch den Vortrag vor allem, dass direkte Steuern (wie die Einkommensteuer) sozial gerechtere Einnahmen darstellen, als indirekte Steuern (wie etwa die Mehrwertsteuer). Entscheidender Maßstab bei der Höhe von Einkommensteuer und Spitzensteuersatz sollte zudem nicht nur der Prozentsatz der Steuern sein, sondern auch die Frage, um wie viel höher die Einkommen im Vergleich zum Durchschnittseinkommen sind. Leider werden die umfassenden finanzpolitischen



Reformprojekte der SPD jedoch aktuell von den Koalitionspartnern blockiert. Deshalb zum Schluss noch einmal Lothars Fazit des Abends: „Geben Sie mir 51 Prozent Stimmanteil und ich verspreche Ihnen 100 Prozent sozialdemokratische, gerechte Steuer- und Finanzpolitik.“



Am 21. Januar 2020 veranstaltete ich gemeinsam mit meiner Bundestagskollegin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen) und meinem Bundestagskollegen Friedrich Straetmanns (Die Linke) eine Podiumsveranstaltung in der Hechelei Bielefeld. Unter dem Titel „Gutes Klima für soziale Gerechtigkeit“ diskutierten wir gemeinsam mit unseren zahlreichen Gästen, wie eine politische Zusammenarbeit unserer Parteien auf kommunaler Ebene sowie in Land und Bund in Zukunft

Rot-Rot-Grün als erfolgsversprechendes Koalitionsmodell?

aussehen könnte und wie wir uns eine progressive, fortschrittliche Politik im Rahmen einer Rot-Rot-Grünen Koalition vorstellen würden. Ich war begeistert über das große Interesse an unserer Veranstaltung und habe mich sehr über die vielen Fragen und Diskussionsbeiträge unserer Gäste gefreut. Die große Zustimmung, die wir für unsere Veranstaltung erfahren haben, zeigt in meinen Augen noch einmal, wie groß der Wunsch nach neuen, innovativen Koalitionsbündnissen ist, die für eine starke Sozialpolitik ebenso stehen wie für eine durchdachte Klimapolitik, die sich alle leisten können und bei der jede und jeder mitgenommen wird!

Als Kellnerin bei der Vesperkirche

„Gemeinsam essen, miteinander reden, einander begegnen“ - dazu hat im Februar dieses Jahres die evangelische Kirche Bielefeld im Rahmen ihrer ersten Bielefelder Vesperkirche eingeladen. Vom 2. bis zum 23. Februar erhielten alle, die zwischen 11:30 Uhr und 14 Uhr die Neustädter Kirche besuchten, eine kostenlose Mahlzeit und konnten sich beim gemeinsamen Mittagessen mit anderen Besucherinnen und Besuchern der Vesperkirche austauschen.

Solche tollen Projekte in unserer Stadt unterstütze ich natürlich stets sehr gerne und war deshalb nicht nur mehrfach als Gast bei der Vesperkirche, sondern habe mir einen Mittag lang auch selbst die Kellnerinnenschürze übergezogen und die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bei der Essensausgabe unterstützt. Über 400 Mahlzeiten haben wir an dem Tag gemeinsam ausgegeben, insgesamt waren es in den drei Wochen fast 9.600 Essen.

Ich freue mich, dass die Vesperkirche so gut angenommen wurde und bin gerne auch beim nächsten Mal wieder als Kellnerin dabei.



Rückholaktion der Bundesregierung: Heimflug von den Philippinen

Mehr als 200.000 Deutsche hat das Auswärtige Amt nach Ausbruch der Pandemie aus dem Ausland zurück in ihre Heimat geholt. Darunter auch viele Bielefelderinnen und Bielefelder, die beispielsweise in Afrika oder Australien, vor allem aber in Asien festsaßen. Doch nicht überall lief die Rückholaktion reibungslos, bei vielen gab es große Unsicherheiten und bei einigen auch Probleme. In diesen Fällen konnte ich als Wahlkreisabgeordnete mit Informationen und Kontakt zum Ministerium helfen. Besonders dringlich und nicht ganz einfach war die Rückholaktion eines Bielefelder Paares von den Philippinen. Weil dort die öffentliche Verkehrsinfrastruktur zusammengebrochen war, konnten sie zunächst gar nicht zum Flughafen in Manila gelangen, sondern wurden

erst einmal zum Militärflughafen El Nido gebracht. Als dort jedoch die Meldung eintraf, dass eine Person aus dem Dorf, in dem sie sich zuvor aufhielten, an Corona erkrankt sei, wurden sie und ihre Mitreisenden am Flughafen von bewaffnetem Militär festgehalten. Leider war eine Verständigung auf Englisch nicht möglich und auch die Botschaft auf den Philippinen war nicht erreichbar. Als ich von dem Fall hörte, habe ich deshalb unmittelbar Kontakt zum Auswärtigen Amt aufgenommen, um es über die Lage zu informieren und um Unterstützung zu bitten. Zum Glück konnten wir rasch helfen und das Paar sowie die anderen betroffenen deutschen Staatsbürgerinnen und -bürger sicher wieder nach Deutschland zurückholen.

BürgerInnensprechstunde am Telefon

“Wenn ich mit Angehörigen aus der Risikogruppe zusammenlebe und gleichzeitig in einem Beruf mit viel Menschenkontakt arbeite, wie kann ich mich schützen?“, “Wie und wann werden die Soforthilfen für kleine Unternehmen ausgezahlt?“, “Unter welchen Voraussetzungen dürfen Mieterinnen und Mieter ihre Miete nicht bezahlen, ohne dass ihnen gekündigt wird?“, “Wie kann ich meine Unterlagen fristgerecht beim Jobcenter einreichen, wenn aufgrund der Laden- und Ämterschließung die entsprechenden Kopiermöglichkeiten fehlen?“, “Wie funktioniert das mit den Steuerstundungen eigentlich?“ – Seit Beginn der Coronakrise erreichen mein Team und mich tagtäglich zahlreiche Anfragen und Hilferufe von Bürgerinnen

und Bürgern sowie Unternehmen aus Bielefeld und Werther. Die Unsicherheit ist – auch wegen diverser Falschmeldungen von inoffizieller Stelle – groß. Deshalb ist es mir besonders wichtig, meinen Wahlkreis stets mit den neuesten Informationen zur Coronakrise sowie zu den beschlossenen Hilfspaketen der Bundesregierung zu versorgen. Und das geht aktuell am besten über das Telefon. Bereits Ende März habe ich daher meine erste telefonische BürgerInnensprechstunde angeboten, bei der sich die Bürgerinnen und Bürger aus

Bielefeld und Werther mit ihren Fragen rund um Corona an mich wenden konnten. Die Fragen waren dabei ebenso vielfältig wie zahlreich, sodass ich gar nicht alle innerhalb der vorgesehenen Zeit beantworten konnte. Noch die nächsten zwei Tage war ich damit beschäftigt, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sprechstunde zurückzurufen. Deshalb haben wir in derselben Woche auch gleich noch eine zweite Telefonsprechstunde draufgesetzt! Ich

freue mich, dass mein Angebot so gut angenommen wurde und hoffe, dass ich vielen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen mit meinen Informationen helfen konnte.



Telefonkonferenz über Telefonkonferenz

Neben den unzähligen Gesprächen im Rahmen der Telefonsprechstunden, haben wir auch einige Termine in Bielefeld in Telefonkonferenzen umgewandelt. Schließlich müssen in einigen Gremien, wie beispielsweise dem Unterbezirksvorstand der Bielefelder SPD oder der SPD-Ratsfraktion, weiterhin Entscheidungen getroffen werden. Und auch darüber hinaus haben wir in den vergangenen Wochen immer wieder den telefonischen Kontakt zu verschiedenen, von der Coronakrise besonders betroffenen, Berufsgruppen gesucht, um uns mit ihnen über die in Berlin beschlossenen Maßnahmen auszutauschen. So haben wir beispielsweise den offenen Brief der Geschäftsführer der Bielefelder

Clubszene, die zahlreichen Mails der Physiotherapeutinnen und -therapeuten sowie anderer Heilmittelbringerinnen und -bringer zusammengefasst und gemeinsam auch mit Vertreterinnen und Vertretern von Landes- und kommunaler Ebene diskutiert. Per Videokonferenz habe ich zudem mit Betriebsräten der IG Metall gesprochen, die sich in einem Brief an die Politik gewandt und weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit gefordert haben. Klar wurde dabei: Das derzeitige Kurzarbeitergeld reicht nicht aus, sondern muss weiter aufgestockt werden.

Ein vielfältiges und bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot für Bielefeld

In den vergangenen Jahren hat unsere Stadt eine beachtliche Entwicklung hingelegt: Universität, Hochschulen und Wirtschaft prosperieren und ziehen zahlreiche junge Menschen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Um- und Ausland nach Bielefeld. Kurzum: Bielefeld wächst und wird dabei vielfältiger, bunter und schöner!

Diese aus meiner Sicht absolut positive Entwicklung stellt uns jedoch auch vor neue Herausforderungen: Bezahlbarer Wohnraum wird beispielsweise knapp, aber auch der Bedarf von Plätzen in Kindertagesstätten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. In Bielefeld besuchen 97,7 Prozent aller Kinder über drei Jahren eine Kindertagesstätte. Die Quote bei den unter 3-Jährigen liegt bei 44,3 Prozent. Allein in den letzten vier Jahren haben wir deshalb bereits sechs neue Kitas gebaut. Mit Beginn oder während des neuen Kindergartenjahres 2020/21 werden wir sechs weitere Kitas in Betrieb nehmen. Mit dem neuen Kindergartenjahr stellt Bielefeld somit in 206 Kindertagesstätten 13.043 Plätze bereit und 920 Plätze in der Tagespflege. Hinzu kommen 72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 15 Plätze, die frei finanziert sind. Im Vergleich zum Kita-Jahr 2016/17 ist das ein **Plus von 1.335 Plätzen**. Und der Bedarf wächst weiter! Wir werden daher auch in den nächsten Jahren weitere Kitas bauen und deutlich mehr Betreuungsangebote schaffen. Unser Ziel und Motto: Kurze Wege für kurze Beine!

Für eine bunte Trägervielfalt!

Beim Ausbau der Betreuungsinfrastruktur ist es uns stets ein zentrales Anliegen, nicht bloß die Kitaplatzanzahl zu erweitern, sondern zugleich die bunte Trägervielfalt der

Betreuungseinrichtungen aufrechtzuerhalten und zu fördern. Eltern müssen die Auswahl

Wussten Sie, dass es in Deutschland verschiedene Kitaträger gibt? Neben öffentlichen Trägern wie der Stadt Bielefeld, gibt es auch zahlreiche sogenannte freie Träger. Beispiele aus Bielefeld sind unter anderem die Diakonie, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Falken, die Sportjugend, das Deutsche Rote Kreuz, private Stiftungen oder Elterninitiativen. Freie Träger finanzieren sich im Gegensatz zu öffentlichen Trägern nicht nur aus öffentlichen Geldern und den ggf. anfallenden Kitagebühren, sondern auch über Sponsoren, Spendengelder, Fördervereine und ähnliche Geldquellen.



haben, ob sie sich z.B. kirchlich orientieren wollen oder eine konfessionsfreie Kita wünschen. Dies wollen wir weiterhin gewährleisten und deshalb werden wir auch im Jugendhilfeausschuss weiterhin darauf achten.

Für flexiblere, bedarfsgerechte Betreuungszeiten!

Bei der Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) hat die Landesregierung nicht den Mut gehabt, die realitätsfernen Betreuungsstufen von 25, 35 und 45 Stunden aufzugeben, obwohl diese nicht den wirklichen Stundenbedarf widerspiegeln. Eltern beklagen sich bei uns, dass 35 Stunden zu wenig seien, 45 Stunden wiederum zu viel. Die Inanspruchnahme von 25 Stunden pro Woche spielt in Bielefeld mit 4,3 Prozent kaum eine Rolle. Für uns steht deshalb fest: Es ist an der Zeit, die Betreuungszeiten nach den wahren Bedarfen der Eltern auszurichten! Dazu zählt auch, die Öffnungszeiten unserer Kitas flexibler zu gestalten, um Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es zukünftig in jedem Bielefelder Stadtteil mindestens eine Schwerpunkt-Kita gibt, die längere und flexiblere Öffnungszeiten anbietet.

Für eine gute Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern!

Erzieherinnen und Erzieher leisten in den Kindertagesstätten wertvolle Arbeit. Jedoch ist die Personalausstattung zu knapp bemessen. Das gefährdet die gute Arbeit in den Kitas, denn gute Qualität braucht gutes und vor allem ausreichendes Personal. Deshalb gilt es für uns schon heute, frühzeitig den Fachkräftebedarf zu sichern. Denn obgleich in Bielefeld zurzeit alle offenen Stellen Anfang des Kita-Jahres besetzt werden können, wird es bereits eng, wenn



Regina Weißenfeld
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses im Bielefelder Rat

Stellen während des Kita-Jahres neu besetzt werden müssen. Um dem Fachkräftemangel vorzubeugen, müssen unter anderem weitere Ausbildungsklassen bereitgestellt werden. Noch zielführender wäre zudem die Einführung einer flächendeckenden Auszubildendenvergütung. Der Bund hat das in einem Modellprojekt der Bundesfamilienministerin Franziska Giffey bereits gefördert. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Länder, die dafür zuständig sind, nachziehen. Denn: Welche andere Fachkraft macht eine Ausbildung heute noch ohne Vergütung?

Freie Fahrt in Bus und Bahn für Kita-Gruppen!

Eine Kindertagesstätte ist längst nicht mehr „nur Betreuungsort“, sondern ein wichtiger Lernort für die frühkindliche Bildung. Unter dem Motto „Bildungschancen für alle“ ist die Sprachbildung und -förderung ein wichtiger Bestandteil, um später einen guten Übergang zur Schule zu erreichen. Gesundes Essen, der nachhaltige Umgang mit Ressourcen, ein solidarisches Miteinander – in Kitas werden den Kindern diese und viele weitere Themen größtenteils spielerisch nähergebracht. Und natürlich darf die Bewegung als zentrales Element der frühkindlichen Bildung nicht fehlen. Kinder möchten sich gern bewegen, Kinder sollen sich bewegen – ob drinnen oder draußen. Kinder sollen auch ihre Umgebung erkunden. Ausflüge z.B. ins Naturkundemuseum und in den Tierpark Olderdissen tragen dazu bei. Um dies zu ermöglichen, setzen wir uns dafür ein, dass Kita-Gruppen künftig kostenlos den öffentlichen Nahverkehr nutzen können.

Für eine beitragsfreie Bildung von der Kita bis zum Studium!

Bei der Abschaffung der Elternbeiträge hat sich die Landesregierung aus CDU und FDP aus der Verantwortung gestohlen und das Problem auf die Kommunen übertragen. Elternbeiträge werden je nach Finanzlage einer Kommune berechnet. Eltern verstehen aber nicht, warum in der Nachbarkommune höhere bzw. niedrigere Beiträge gezahlt werden müssen. Eine landesweite Regelung wäre hier deutlich besser gewesen, dafür haben wir uns immer eingesetzt.

Dank der Hilfe vom Bund, insbesondere von Familienministerin Franziska Giffey, wurde ein weiteres Kita-Jahr in NRW beitragsfrei gestellt. Und im Stadtrat haben wir dafür gesorgt, dass Geringverdienerinnen und -verdiener mit sehr niedrigem Einkommen keine Kitagebühren mehr zahlen müssen. Schon heute zahlen in Bielefeld mehr als 50 Prozent aller Kinder keine Gebühren. Unser Ziel muss jedoch 100 Prozent Gebührenfreiheit sein. Kindertagesstätten sollten als Bildungseinrichtungen vergleichbar mit der Schule künftig für jede und jeden beitragsfrei werden. Wir setzen uns für eine beitragsfreie Bildung von der Kita bis zum Studium ein, um so für echte Chancengleichheit zu sorgen.

Es zeigt sich also, dass wir auch weiterhin vor großen Herausforderungen stehen. Wir werden weiter massiv in neue Kita-Plätze investieren und neue Kitas bauen, werden uns in den nächsten Jahren noch stärker um die Qualität und eine Fachkräfteoffensive kümmern müssen und werden weiter für die Beitragsfreiheit kämpfen. Dafür bedarf es auch weiterhin einer starken Sozialdemokratie im Bielefelder Stadtrat.

INFORMATIONEN AUS BERLIN

Der Umgang mit den Folgen und Auswirkungen des Coronavirus und dessen Ausbreitung beschäftigt den Deutschen Bundestag intensiv. Um die geeigneten Maßnahmen für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, für die Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Selbständigen und für die Umsätze der Unternehmen zu beraten und schnellstmöglich zu beschließen, arbeiten wir im Parlament und die Verantwortlichen in den Ministerien quasi pausenlos weiter. Selbstverständlich aber in einer Form, die auf die aktuelle Situation angepasst ist.

Beispielsweise finden die sonst üblichen Sitzungen der Fraktions-Arbeitsgemeinschaften aktuell ausschließlich per Telefonkonferenz statt. Die Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion fand – anders als sonst – beim letzten Mal mit einer Videokonferenz aufgeteilt in zwei Räume statt. Und die Geschäftsordnung des Bundestages wurde derart angepasst, dass das Parlament übergangsweise bereits mit einem Viertel der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist. So können Kolleginnen und Kollegen aus Risikogruppen den Abstimmungen fern bleiben und für die anwesenden Parlamentarier wird sichergestellt, dass der Mindestabstand im Plenarsaal des Reichstages stets durch zwei freie Plätze gewahrt bleibt. Diese neue Arbeitsweise des Bundestages funktionierte für alle Beteiligten überraschend gut, so dass wir in kürzester Zeit umfangreiche Hilfsmaßnahmen zur Überwindung der Krise beschließen konnten, die auch den Menschen und der Wirtschaft in Bielefeld zu Gute kommen:

Es wurde das Kurzarbeitergeld verbessert und es gibt Hilfe für berufstätige Eltern, die aufgrund von Betreuungspflichten Verdienstauffälle haben. Der Zugang zur Grundsicherung und der Bezug des Kinderzuschlags sind nun einfacher möglich. Außerdem werden Mieterinnen und Mieter nun besser vor dem Verlust von Wohnung oder Ladenlokal geschützt. Zudem wurden Soforthilfen für Solo-Selbstständige, Freiberufler und Kleinstunternehmen beschlossen, kleine und große Unternehmen kommen nun deutlich leichter an Überbrückungskredite der KfW und Unternehmen können Steuern und Beiträge stunden, um auch dadurch ihre Liquidität zu stärken.

Dieses vielfältige Bündel ist nur ein kleiner Auszug aller beschlossenen Maßnahmen und Selbstverständlich wird auch weiterhin an ergänzenden Maßnahmen im Sinne der Betroffenen gearbeitet. Auf folgender übergreifenden Informationseite der Bundesregierung werden sämtliche Hilfsmaßnahmen permanent aktualisiert und durch Links zu weiterführenden Angeboten ergänzt:

www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus

Das Land Nordrhein-Westfalen bietet Informationen unter:

www.land.nrw/corona

Und auch die Stadtverwaltung informiert transparent über die aktuelle Situation in Bielefeld:

www.bielefeld.de/de/covi/

Im Schnitt kommt es jeden Tag zu zwei rechtsextremen Gewalttaten in Deutschland. Die schrecklichen Angriffe von Halle und Hanau sowie der Mord an Walter Lübcke reihen sich ein in eine grundlegende Veränderung des gesellschaftlichen und politischen Klimas in unserem Land. Hass und Bedrohung haben in den letzten Monaten stark zugenommen. Mehr als drei Viertel aller von der Polizei registrierten Hasskommentare sind rechtsextremistisch. Wie schnell aus Hass und Hetze im Netz Taten werden können, mussten wir im letzten Jahr mehrmals schmerzlich beobachten. Jedes Mal war eines zu viel.

Um dem künftig entgegenzuwirken, hat der Bundestag im März in erster Lesung über einen Gesetzesentwurf zur „Bekämpfung von Rechts extremismus und Hasskriminalität“ beraten. Damit wollen wir das Strafrecht verschärfen und dafür sorgen, dass Hetze und Bedrohung im Netz künftig härter und effektiver verfolgt werden können. Der Strafrahmen bei Mord- und Vergewaltigungsdrohungen im Netz soll künftig von einem auf bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe verdreifacht werden. Außerdem wollen wir vor allem Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker stärker vor Diffamierungen und Anfeindungen schützen, denn Angriffe auf sie sind Angriffe auf unsere Demokratie. Antisemitische Motive sollen dabei ausdrücklich strafverschärfend wirken.

Die Plattformen, auf denen die Hasskommentare veröffentlicht werden, sollen diese künftig außerdem nicht mehr nur löschen, sondern



**Gesetz gegen
Hetze und Hass**

auch in die Pflicht genommen werden, bestimmte strafbare Postings wie Volksverhetzung, Mord- und Vergewaltigungsdrohungen sowie Neonazi-Propaganda dem Bundeskriminalamt zu melden. Wir wollen alle diese Straftaten konsequent vor Gericht bringen.

Das betrifft auch Drohungen gegenüber Menschen, die sich gesellschaftlich oder politisch engagieren. Als Mitbegründerin des Bielefelder „Bündnis gegen Rechts“ weiß ich, was es heißt, wegen seines Engagements angefeindet oder bedroht zu werden. Um Engagierte besser zu schützen, soll es für sie und ebenso für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker künftig erleichterte Möglichkeiten geben, eine Auskunftssperre eintragen zu lassen, um zu verhindern, dass ihre privaten Adressen gezielt im Netz veröffentlicht werden können. Ich würde mir jedoch von ganzem Herzen wünschen, dass es so weit in Zukunft gar nicht mehr kommen muss.



Gesetz gegen internationale Steuerschlupflöcher

130 Milliarden Euro gehen dem Staat jedes Jahr wegen Steuerbetrug und Steuertrickserei verloren. Ich sage, dagegen müssen wir etwas tun! Das ist Geld, welches für dringende Investitionen und Daseinsvorsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger benötigt wird. Wer von der Infrastruktur unseres Staates profitiert, muss auch seinen Teil zu einem solide finanzierten Gemeinwesen beitragen. In meiner Rede im Plenum dazu habe ich den SPD-Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans zitiert „Der Einsatz gegen Steuertrickserei ist keine Frage von links gegen rechts. Es ist eine Frage von anständig gegen unanständig.“ Darum haben wir im Bundestag im Dezember ein „Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuermodelle“ beschlossen. Das Verschieben von Gewinnen in Niedriglohnländer, aggressive Steuergestaltung und das Ausrauben öffentlicher Kassen à la Cum-Cum oder Cum-Ex muss aktiv bekämpft und verhindert werden.

Jahressteuergesetz und Tamponsteuer

Im November hat der Bundestag das sogenannte Jahressteuergesetz beschlossen, für das ich auch als Berichterstatterin der SPD-Fraktion zuständig bin. Der offizielle Name lautet „Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften“, es wird also nicht nur Elektromobilität gefördert. Zwar gibt es zukünftig eine noch stärkere und weitreichendere Förderung umweltfreundlicher Mobilität, es ist jedoch auch eine Reihe weiterer steuerlicher Anpassungen im Gesetz enthalten. Durch eine

erhöhte Verpflegungspauschale, - neu sind 28 Euro statt 24 Euro, 14 Euro statt 12 Euro Spesen - werden zum Beispiel Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet, ebenso durch eine Steuerbefreiung von Weiterbildungsmaßnahmen.

Und zusätzlich ist im Jahressteuergesetz 2019 noch eine weitere Regelung festgeschrieben, die mich persönlich ganz besonders freut: Die Mehrwertsteuer auf Damenhygieneprodukte wurde vom Luxussteuersatz von 19 Prozent auf sieben Prozent gesenkt. Dabei geht es nicht um große Summen, aber um ein wichtiges Symbol: Bei Menstruationsprodukten, die für Frauen unverzichtbar sind, einen Steuersatz von 19 Prozent zu berechnen, trägt zusätzlich zur finanziellen Ungleichheit von Frauen und Männern bei und diskriminiert Frauen systematisch. Darum bin ich sehr froh, dass wir mit dem Jahressteuergesetz 2019 auch ein Stück mehr Gleichberechtigung erreichen konnten. Denn Periode ist kein Luxus!

Förderprogramm „Frauen an die Spitze“

Die Große Koalition setzt ab 2020 das Programm „Frauen an die Spitze“ neu auf. Es soll Forschungsprojekte fördern, die die strukturellen Ursachen untersuchen, die Frauen auf ihren Karrierewegen behindern. Als zuständige Berichterstatterin habe ich dafür

Schwerpunkte vorgeschlagen. Dazu zählen etwa, zu untersuchen, wie Algorithmen Frauen in der Digitalisierung diskriminieren oder wie unterschiedlich Frauen und Männer in der Wissenschaft entlohnt werden.

Das „Arbeit-von-morgen-Gesetz“ und das „Aufstiegs-BAföG“

Um Beschäftigung und Sicherheit für alle zu erreichen, wollen wir mit der Großen Koalition eine bessere Förderung von Weiterbildung schaffen. Mit dem „Arbeit-von-morgen-Gesetz“ sollen vor allem Beschäftigte und Betriebe im Strukturwandel noch stärker unterstützt werden. Wessen Arbeit sich verändert, der soll über von der Bundesagentur für Arbeit geförderte Lehrgänge und Weiterbildungen auf dem neuesten Stand bleiben, um seine Arbeit weiter ausführen zu können. Sollten dennoch Menschen ihre Beschäftigung verlieren, sollen sie über Weiterbildung und Qualifizierung möglichst schnell wieder Arbeit

bekommen. Unabhängig von Alter und Berufsabschluss wollen wir den Übergang in eine neue Beschäftigung unterstützen.

Wir setzen uns als SPD-Bundestagsfraktion für ein gerechteres und durchlässigeres Bildungssystem ein. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist das jetzt beschlossene Gesetz zur Änderung des Aufstiegsbildungsförderungsgesetzes - oder in einfachen Worten: das „Aufstiegs-BAföG“. Damit wollen wir die berufliche Weiterbildung attraktiver machen und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung voranbringen.

Investitionen vom Bund in Bielefeld

Wer bei den Zahlen auf Seite 11 aufgepasst hat, der weiß, dass Bielefeld dank des sogenannten „Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes“ (KInvFG) zwischen 2015 und 2020 rund 27,5 Millionen Euro an Fördergeldern vom Bund erhält. Aber was passiert mit diesen Geldern eigentlich? Sie werden eingesetzt, um die Infrastruktur in Bielefeld auszubauen. Und das kann man sehen: Bis Mai 2019

wurden zum Beispiel an der Potsdamer Straße, zwischen Friedrich-Hagemann-Straße und Theodor-Heuss-Straße, Maßnahmen zur Lärmschutzbekämpfung umgesetzt. Ebenso an der Beckhausstraße, zwischen Schildescher Straße und Brüggemannstraße und am Kreisverkehr Detmolder Straße/ Oerlingheuser Straße/ Obere Hillegosser Straße. Für diese drei Projekte konnten insgesamt Fördermittel in der Höhe von circa 1,96 Millionen Euro in Anspruch genommen werden.

Im Grünzug Lakemannstraße wurde außerdem als Lückenschluss zur Jöllenbecker Straße eine neue Fußwegverbindung geschaffen, deren Bau mit 73.108 Euro aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz gefördert wurde.

Ebenfalls im Spiel hat der Bund seine Finger zudem beim Breitbandausbau in Bielefeld: Insgesamt 23,3 Millionen Euro werden für den geplanten Ausbau in unterversorgten Gebieten, vor allem in den eher ländlich geprägten Randlagen der Stadt, benötigt. Etwa 1.900 unterversorgte Privathaushalte und Unternehmen sowie 56 Schulen sollen erreicht werden. Der Bund übernimmt dabei 50 Prozent der Kosten im Rahmen des Bundesförderprogramms Breitbandausbau des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur und ermöglicht so eine zukunftssichere und nachhaltige Breitbandversorgung in unserer Stadt. Das zeigt einmal mehr: Auch dank Bundesinvestitionen können wir Bielefeld moderner aufstellen!

Die derzeit vom Bund geförderten Mehrgenerationenhäuser dürfen sich im Haushaltsjahr 2020 über eine Erhöhung der Förderungssumme um 10.000 € pro Haus freuen. Zudem wurde die Förderungsperiode auf bis zu acht Jahren ausgeweitet, um für mehr finanzielle Planungssicherheit zu sorgen. Unter den geförderten Einrichtungen ist auch das Bielefelder AWO-Mehrgenerationenhaus Heisenbergweg. Ich freue mich natürlich sehr, dass auch eine Bielefelder Einrichtung von der beschlossenen Mittelaufstockung profitieren wird, weil das für mich ein Zeichen der Wertschätzung für die wichtige Arbeit, die in dem Mehrgenerationenhaus tagtäglich geleistet wird. Das AWO-Mehrgenerationenhaus Heisenbergweg hilft dabei, Isolation zu überwinden, bringt verschiedene Bevölkerungsgruppen und Generationen zusammen und unterstützt Toleranz und Verständnis füreinander.

Förderung von Mehrgenerationenhäusern

Wiederwahl in den SPD Parteivorstand

Vom 06. - 08.12.2019 fand in Berlin der Bundesparteitag der SPD statt. Drei Tage lang haben die Delegierten über Anträge beraten und Beschlüsse für unsere parteipolitischen Positionierungen gefasst. Außerdem wurden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans als Parteivorsitzende und der gesamte Parteivorstand neu gewählt. Gleich im ersten Wahlgang wurde ich dabei zu meiner großen Freude mit einem der besten Ergebnisse erneut für die nächsten zwei Jahre in den Vorstand gewählt.

Nachdem wir uns in der Antragskommission durch mehr als 1.000 Seiten Antragsbuch gekämpft hatten, haben wir natürlich auch jede Menge wichtige inhaltliche Beschlüsse gefasst. Eine Übersicht dazu findet ihr hier:

<https://indieneuzeit.spd.de/beschluesse/>



Ernennung in den Wirtschaftspolitischen Beirat

Die SPD hat einen Wirtschaftspolitischen Beirat der Sozialdemokratie eingerichtet. Darin wollen u.a. wir die Diskussion über akute Krisenmaßnahmen in Zeiten von Corona mit den Beratungen über ein Zukunftsbild der Ökonomie verbinden. Es geht also um die Frage: Welche wirtschaftspolitischen Lehren ziehen wir aus dieser Krise und welche

Veränderungen können wir anstoßen? Leitbild soll ein Wirtschaftssystem sein, das auf höchstem technischen Niveau, sozial gerecht, Ressourcen schonend und widerstandsfähig mit Blick auf Krisen produziert. Dazu suchen wir jetzt die richtigen, konkreten Antworten.

Wir – denn ich freue mich, dass neben renommierten Wissenschaftlern wie Achim Truger (Wirtschaftsweiser), Peter Bofinger und Sebastian Dullien, der Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger und weiteren ExpertInnen aus dem Finanzministerium, auch ich in den Beirat berufen wurde. Die Leitung des Beirats wird der frühere Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Prof. Dr. Gustav Horn, übernehmen.

Freiwilliges Soziales Jahr im Deutschen Bundestag – jetzt bewerben!

Für mehr Informationen wendet euch ganz einfach und unverbindlich an mein Büro: **wiebke.esdar@bundestag.de**

In meiner letzten Wahlkreiszeitung habe ich meine neue FSJlerin Linnea vorgestellt. Da sie nun jedoch schon über die Hälfte ihrer Dienstzeit hinter sich hat, bin ich auf der Suche nach einer Nachfolgerinnen/einem Nachfolger, der/die mich ab September 2020 als Mitarbeiterin/Mitarbeiter in meinem Berliner Büro für ein Jahr unterstützt.

Als Freiwillige/Freiwilliger lernst du politische Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufe kennen, bekommst einen Einblick in Institutionen und Prozesse und meinen Alltag als Politikerin. Du kannst mich zu Terminen begleiten, meine parlamentarische Arbeit mitgestalten und das politische Berlin erkunden.

Daneben hast du auf mehrtägigen Seminarfahrten und Projekttagen die Möglichkeit, dich mit anderen Freiwilligen auszutauschen und zu vernetzen.

Für den Freiwilligendienst gibt es eine monatliche Vergütung von insgesamt 320 Euro, eine Monatskarte für den Berliner ÖPNV wird ebenfalls übernommen. Eine Unterkunft in Berlin kann leider nicht gestellt werden

RÄTSEL



Umlaute,
Bindestrich
und ß
erlaubt!

1. Rekordtorschütze bei Arminia Bielefeld (Nachname).
2. Was musste geändert werden, damit der Bund im Rahmen des Digitalpakts Schule investieren kann?
3. Abkürzung für das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz.
4. In dieser Straße liegt Wiebkes Wahlkreisbüro in Bielefeld.
5. Dieser berühmte deutsche Rapper nennt Bielefeld seine Heimat.
6. Diese Farbe findet man im Logo von Arminia Bielefeld.
7. Wer gewann dieses Jahr den Bielefelder Frauenpreis? (Doppelname)
8. Wer ist laut Finanzverfassung eigentlich für die ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zuständig?
9. Das (...) erhält dank Bundesförderung 5,5 Millionen Euro.
10. Diese Koalition regiert im Bielefelder Rat

Der Einsendeschluss für das Lösungswort ist der 26.06.2020. Wir bitten Sie, das Lösungswort mit dem Betreff „Lösung des Rätsels“ an **wiebke.esdar.wk@bundestag.de** zu senden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, auf die Gewinnerinnen und Gewinner warten zwei Plätze für eine Reise nach Berlin.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Dr. Wiebke Esdar, MdB
V.i.S.d.P.: Dr. Wiebke Esdar

Arndtstr. 6-8
33602 Bielefeld
Tel.: 0521 3294370
E-Mail: wiebke.esdar.wk@bundestag.de
Web: www.wiebke-esdar.de